



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

47. Sitzung (öffentlich)

6. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:50 Uhr

Vorsitz: Ewald Groth (GRÜNE) (Vorsitzender)
Dr. Stefan Berger (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)“ von der Tagesordnung abzusetzen, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

1 Aktuelle Viertelstunde

Thema: „Hochschulbausanierung auf Kosten von Forschung und Lehre?“

6

auf Antrag der Fraktion der SPD

Der Stellungnahme von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MIWFT) schließt sich eine Diskussion an.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009) 14

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

In Verbindung mit:

Haushaltsentwurf 2009 – Erläuterungsband zum Einzelplan 06

Vorlagen 14/2017, 14/2031, 14/2151 und 14/2203

Der Ausschuss berät die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegten Änderungsanträge. Die Abstimmungsergebnisse zu den Änderungsanträgen gehen aus Vorlage 14/2261 hervor.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 06 ohne Änderungen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

3 Forschungsförderung profilieren und nicht zerschlagen – Landesregierung muss bei Titelgruppe 73 Wort halten - 17

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7665

Der Ausschuss lehnt den Antrag von SPD und Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

4 Mitbestimmung ist mehr als ein Wort. – Landespersonalrätekonferenzen im Hochschulbereich erhalten - 24

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6863

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen ab.

- 5 Gesetz zur Ratifizierung des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008, zur Errichtung einer Stiftung „Stiftung für Hochschulzulassung“ und über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung hochschulrechtlicher Vorschriften (Hochschulzulassungsreformgesetz) 27**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7318

Ausschussprotokoll 14/744

– Diskussion

Die abschließende Beratung findet am 12. November 2008 statt.

- 6 Fachkräftemangel bekämpfen – Studienabbrecherquote senken 29**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/7679

Der Ausschuss vereinbart, den Antrag in das Beratungsverfahren zu den vier Anträgen Drucksachen 14/5028, 14/5344, 14/6681 und 14/7352 zum Thema Fachkräftemangel einzubeziehen und die letztmalige Befassung mit diesem Antrag ebenfalls für den 5. Februar 2009 vorzusehen.

- 7 Praxisphasen für Studierende ermöglichen und nicht behindern 29**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7666

– Diskussion

8 Mehr Lehre braucht mehr Stellen 31

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7663

– Diskussion

**9 Leiden lindern – Lebensqualität verbessern – Für eine bessere
Versorgung von unheilbar kranken und sterbenden Menschen 33**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7669

Der Ausschuss gibt kein Votum zum Antrag ab.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Karl Schultheis (SPD) beantragt, den Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)“ von der Tagesordnung abzusetzen. Aus Sicht der SPD-Fraktion seien die Rahmendaten des Haushalts Makulatur, insbesondere was die Einnahmeerwartungen angehe. Die SPD erwarte einen entsprechend angepassten Entwurf von der Landesregierung, um wieder auf einer realistischen Basis diskutieren und beschließen zu können.

Vorsitzender Ewald Groth informiert, der Finanzminister habe im Haushalts- und Finanzausschuss eine Ergänzungsvorlage angekündigt.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) erklärt für seine Fraktion, dass sie den Antrag der SPD, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, ablehne. Die CDU halte den Haushalt für diskussionswürdig und wolle entsprechend der vorgesehenen Tagesordnung darüber befinden.

Der **Ausschuss** lehnt den Antrag der SPD-Fraktion, den Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)“ von der Tagesordnung abzusetzen, mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

In Verbindung mit:

Haushaltsentwurf 2009 – Erläuterungsband zum Einzelplan 06

Vorlagen 14/2017, 14/2031, 14/2151 und 14/2203

Vorsitzender Ewald Groth weist darauf hin, im Nachgang zur letzten Sitzung am 16. Oktober 2008 habe die Fraktion der SPD um die Beantwortung weiterer Fragen gebeten. Hierauf sei das Ministerium mit Vorlage 14/2203 eingegangen.

Er verweise außerdem auf die Tischvorlage mit den Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Hinweis: Die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Begründungen sowie die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Änderungsanträgen sind der Anlage zu Vorlage 14/2261 zu entnehmen.)

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) kann die grundsätzliche Kritik der SPD-Fraktion am Haushaltsentwurf 2009 nachvollziehen, will sich aber dennoch daran orientieren, was die Landesregierung real mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt habe, und begründet die Änderungsanträge ihrer Fraktion jeweils im Sinne der den Anträgen beigefügten Begründung.

Karl Schultheis (SPD) vertritt nach wie vor die Meinung, dieser Tagesordnungspunkt sollte in dieser Sitzung nicht behandelt werden. Denn die Eckdaten dieses Haushalts würden sich verändern. Von daher wäre es sinnvoll gewesen, auf anderer Grundlage als auf der Grundlage des Haushaltsentwurfs beraten zu können. Die Prognose, von der der vorliegende Haushaltsentwurf ausgehe, was die Mehreinnahmen betreffe, werde nach Überzeugung der SPD nicht zutreffen.

Er bedanke sich für die Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen, auch wenn sie nicht alle zur Zufriedenheit seiner Fraktion beantwortet worden seien.

Er wolle noch vier Aspekte ansprechen, die die Unsicherheit dieses Fachhaushalts zeigten:

Erstens. Zum Jahresende liefen die Verträge mit den Hochschulen aus. Ab 1. Januar 2009 seien schlechtere Konditionen zu erwarten. Insofern seien aus Sicht der SPD die eingeplanten 25 Millionen € Energiekosten zu kurz gegriffen.

Zweitens. Diesen Aspekt habe die SPD bereits in der Debatte über den Ausbau der Studienkapazitäten benannt. Es gehe um die Frage, welche Vorsorge die Landesregierung für den Fall treffe, dass die mit dem Bund vereinbarten Zielzahlen nicht erreicht werden könnten. Dann werde es ja zu Rückzahlungen kommen müssen. Das habe die Landesregierung bisher überhaupt nicht berücksichtigt. Er habe ein gewisses Verständnis dafür, dass das schwierig sei, weil es sich um die Etats der Hochschulen handle. Die SPD halte es für höchst problematisch, dass die Hochschulen nicht dazu verpflichtet seien, der Landesregierung ihre Wirtschaftspläne vorzulegen. Das wirke bis zum Haushaltsgesetzgeber. Das sei eine fatale Entwicklung der liberalistischen Hochschulgesetzgebung dieser Landesregierung, die den Hochschulen nicht zugute komme.

Drittens. Beim Stipendienprogramm für ausländische Studierende werde ganz klar, dass die Mittel, die bisher für die Studienkollegs hätten eingestellt werden können, komplett in den Schulbereich zurückfließen und von daher nicht wie angekündigt zukünftig den ausländischen Studierenden an den NRW-Hochschulen zur Verfügung stünden.

Viertens. Ein weiterer Aspekt sei die Unterstützung der Studentenwerke. Eigentlich seien sich alle Beteiligten einig gewesen, dass hier ein wesentlicher Mehrbedarf bestehe.

Die SPD werde in dieser Sitzung keine Einzelanträge stellen. Nach Ansicht seiner Fraktion fehle die Basis, um solche Anträge verantwortungsvoll im Haushalt verankern zu können. Die SPD warte auf die Ergänzungsvorlage.

Sollte die SPD ihre Kollegen im Bundestag davon überzeugt haben, die Haushaltsberatungen dort auch aufgrund drastisch veränderter Rahmendaten einzustellen, bittet **Dr. Michael Brinkmeier (CDU)** Herrn Schultheis, sich noch einmal zu melden. Sollte das aber nicht der Fall sein, dann halte er das Thema für abgeschlossen. Eine Partei müsse schon konsequent argumentieren.

Die CDU-Fraktion lehne die Anträge der Grünen ab.

Die Grünen begründeten die Kürzung des Innovationsfonds mit der Gegenfinanzierung von Ausgabenerhöhungen bei anderen Titeln. Rechne er aber die Zahlen zusammen, erkenne er zumindest innerhalb des Einzelplans 06 keine Gegenfinanzierung.

Konjunkturförderprogramme in Höhe von 300 Millionen € halte er nicht für diskussionswürdig.

Manche andere Ansatzserhöhungen wünsche sich seine Fraktion natürlich auch, aber ein Haushalt müsse so aufgestellt werden, dass er auch trage. Die CDU halte den vorliegenden Haushaltsentwurf für ausgewogen.

Die Koalitionsfraktionen würden eventuelle Anträge noch bei den abschließenden Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss einbringen. Das bedeute aber nicht, dass CDU und FDP für den Einzelplan 06 noch gravierende Veränderungen planten.

Zum Stichwort Seriosität der Gegenfinanzierung äußert **Ralf Witzel (FDP)**, hier werde fälschlicherweise der Eindruck erweckt, als hätten sich Leute verantwortungsbewusst haushalterische Gedanken gemacht, was über alle Einzelpläne in der Summe gar nicht stimme und auch für diesen Bereich nicht zutreffe. Hier würden nicht Ausgabenschwerpunkte getauscht, sondern es ergebe sich ein hoher Mehrbedarf.

Dazu bitte er die Grünen um klärende Worte. 300 Millionen € ließen sich leicht fordern. Bei dem Schuldenberg, den Rot-Grün beim Regierungswechsel hinterlassen habe, sei das aber schlichtweg verantwortungslos. Die richtige Antwort in dieser Situation sei eine klare Ordnungspolitik und die Stärkung der Marktkräfte und kein staatliches Konjunkturprogramm auf Pump. Deshalb bitte er Frau Dr. Seidl darzulegen, wo diese 300 Millionen € herkommen sollten.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) entgegnet, die FDP-Fraktion habe in der Opposition Milliardenprogramme gefordert, die sie überhaupt nicht gegenfinanziert habe. Die Grünen dagegen hätten ein sehr gutes Gewissen, weil sie innerhalb der Fraktion ein Gesamtkonzept entwickelt hätten, das eindeutig Gegenfinanzierungsvorschläge beinhalte, zum Beispiel aus dem Wirtschaftsbereich.

Sie bedaure, dass sich die CDU in dieser Sitzung der Fachdebatte entziehe und nicht einmal sagen könne, welche Schwerpunkte sie für die Zukunft im Wissenschaftsbereich setzen wolle.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo kommen die 300 Millionen € her?)

Der **Ausschuss** nimmt den Einzelplan 06 ohne Änderungen mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen an.

